

**Antrag auf Genehmigung des oberflächennahen Abbaus von Bodenschätzen nach
§§ 17 Abs. 1 BNatSchG/11 Abs. 2 LNatSchG**

An den
Kreis Steinburg
Untere Naturschutzbehörde
Viktoriastr. 16 - 18
25524 Itzehoe

Ich/Wir beantrage/n die Genehmigung zur

- Neuaufnahme
 Erweiterung
 Änderung

des Abbaus von Bodenschätzen in der Gemeinde

--

I Angaben zum Antragsteller

Firma <i>(Angabe mit Gesellschaftsform):</i>	
Vor- und Nachname des für die Firma Verantwortlichen <i>(mit Angabe, ob Geschäftsführer o.ä.):</i>	
Straße:	
PLZ, Ort:	
Telefon:	
Telefax:	
Mail:	

II Verantwortlicher Leiter der Abbaustelle

Vor- und Nachname:	
Anschrift:	
Telefon:	

III Angaben zu den betroffenen Grundstücken/Flurstücken der Abbaustätte

Gemarkung	Flur	Flurstück	Größe in m ²	Eigentümer

IV Angaben zum Abbauvorhaben/mit Verfüllung/Teilverfüllung

(Unzutreffendes streichen)

Zu gewinnende Rohstoffe sind (z.B. Sand, Kies, Ton, Torf, Steine):	
Verfüllung/Teilverfüllung mit (z.B. unbelastete Fremdböden LAGA ZO/ZO*):	
Voraussichtliche Dauer des Abbaus/der Verfüllung/Teilverfüllung: (Unzutreffendes streichen)	
Fläche der gesamten Eingriffsfläche:	
davon Abbaufäche:	
davon Verfüllfläche:	
Abbautiefe bezogen auf NN:	
Abbaumenge in m ³ :	
Oberbodenmassen in m ³ :	
Füllvolumen in m ³ :	
Abbautage, an denen abgebaut bzw. abtransportiert werden soll:	
Abbauzeiten (von...bis...Uhr):	
Angaben über Art und Mächtigkeit des zu gewinnenden Rohstoffes einschließlich des Abraumes und der Deckschichten:	
Anzahl der Abbauabschnitte (Darstellung im Erläuterungsbericht und im Kartenwerk):	
Lage des höchsten Grundwasserstandes bezogen auf NN:	
Oberkante der Peilbrunnen bezogen auf NN (Standorte im Kartenwerk eintragen):	
Oberkante der Sondierbohrungen bezogen auf NN (Lage im Kartenwerk eintragen):	

V Angaben zu betrieblichen Einrichtungen und baulichen Anlagen auf dem Abbaugelände oder ggfs. benachbarten Flächen

Angaben zu etwaigen Betriebseinrichtungen oder Förderanlagen, Art und Weise der Gewinnung durch Radlader, Sortieranlagen etc.:	
Aufstellung von Containern, Baubuden mit Sanitäreinrichtungen und Aufenthaltsräumen, Wiegeeinrichtungen etc. (Bauausführung, Größe, Standorte in Kartenwerk eintragen):	
Bau und Befestigung von Erschließungswegen/Baustraßen (Dimensionen, Befestigungsmaterial angeben und im	

<i>Kartenwerk darstellen):</i>	
Lagerung von Öl- und Treibstoffvorräten (<i>Art und Menge</i>):	

VI Angaben zur Sicherung der Abbaustelle und zu den Auswirkungen des Abbauvorhabens

Sicherung der Abbaustätte (<i>Zäune o.ä.</i>):	
Abschirmung der Abbaustätte zur Umgebung z.B. durch Anpflanzungen oder Anlage von Wällen (<i>näher in den Anlagen zum Antrag beschreiben</i>):	
Emissionen durch Staub, Sandflug, Lärm, Erschütterungen und Maßnahmen zur Vermeidung:	
Anzahl der täglich zu erwartenden Fahrzeuge:	
Erforderliche Verlegung von Gewässern im Bereich der Abbaustätte:	
Oberflächenentwässerung vor/nach dem Abbau/der Verfüllung/Teilverfüllung (<i>z.B. Geländeausformung, Muldenherstellung, Grabenanlage – in den Anlagen näher beschreiben und darstellen</i>):	
Betroffene Ver- und Entsorgungsleitungen, Wasserleitungen etc. und erforderliche Schutzmaßnahmen:	
Anschlussnutzung:	
Angaben zur Kompensation gemäß §§ 15 BNatSchG/9 LNatSchG:	

VII Kosten der Herrichtung der Abbaustätte nach Ende des Abbaus/der Verfüllung/Teilverfüllung (*Unzutreffendes streichen*)

(In den Kosten sind die notwendigen Erdarbeiten zur Rekultivierung oder zur Renaturierung, Böschungs- und Ufersicherung, die Beseitigung von Betriebsanlagen, Pflanzarbeiten usw. enthalten)

Gesamtkosten der Herrichtung der Abbaustätte nach Abschluss des Abbaus/der Verfüllung/Teilverfüllung einschließlich der erforderlichen Rekultivierung/Renaturierung	
---	--

VIII Nachweis des Eigentums bzw. Einverständniserklärung/en des/der Eigentümer

- Der Antragsteller ist – teilweise – Eigentümer der in Anspruch genommenen Flächen.
- Für die nicht im Eigentum des Antragstellers befindlichen Flächen werden zum Antrag sowie zum Abbauplan und dem landschaftspflegerischen Begleitplan die Einverständniserklärungen der Grundstückseigentümer, der Nießbraucher oder der Erbbauberechtigten angefügt:

Name	Anschrift	Gemarkung	Flur	Flurstück	Datum und Unterschrift
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					

Anlagen

Folgende Anlagen sind dem Antrag beizufügen:

1. Erläuterungsbericht:

Im Erläuterungsbericht werden die Darstellungen in den Karten und Plänen zusammengefasst erläutert und um die Angaben ergänzt, die in den zeichnerischen Unterlagen nicht genügend dargestellt werden können. Der Bericht muss mindestens folgendes enthalten:

1. Beschreibung des Vorhabens

- 1.1 Lage des Abbauvorhabens
- 1.2 Abbaustätte, Abbaufäche, soweit geplant, auch Auffüllungsfläche/Teilverfüllung
- 1.3 Aussagen aus Fachplanungen und ihre Bedeutung für das Vorhaben
(Landesentwicklungsplan, Landschaftsprogramm, Regionalplan, Landschaftsrahmenplan, Landschaftsplan, Flächennutzungsplan, Bebauungsplan)
- 1.4 Erhebung von betroffenen Schutzgebieten
(Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete, EU-Vogelschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete usw.)
- 1.5 Lagerkundliche Beschreibung und durchgeführte Untersuchungen
- 1.6 Abbaugut, Füllmaterial, Abbau- und Verfüllungszeitraum, Massenaufstellung
- 1.7 Art und Weise des Abbaus und soweit geplant der Verfüllung
(mit Abbauverfahren, Abbauabschnitte sowie Abbautiefen und – breiten, Lagerung des Abbaugutes und des Oberbodens, Einbringens des Füllmaterials, Menge, Qualität und Herkunft des Füllmaterials)
- 1.8 Nebenanlagen
(Betriebseinrichtungen, bauliche Anlagen, Erschließungsstraßen, Lagerung Öl- und Treibstoffvorräte, Art des Transportes auf der Abbaustätte, Sicherung der Abbaustätte usw.)

2. Hydrogeologische Begutachtung mit folgendem Inhalt:

- 2.1 Angaben über die Art und Mächtigkeit des abzubauenen Vorkommens und der grundwasserführenden Schichten, Geologische Übersicht auf Grund von Bohrungen und Schürfen
- 2.2 Darstellung der Bohrerergebnisse und Schichtenverzeichnisse der Bohrungen nach DIN 4022 und 4023
- 2.3 Einmessung der Lage der Bohrungen (Geländehöhe NN, Rechts- und Hochwert)
- 2.4 Beschreibung der Schichten (Lithologie)
- 2.5 Geologische Alterseinstufung (Stratigrafie)
- 2.6 Beschreibung der nahegelegenen Geländeanschnitte oder Bodenaufschlüsse
- 2.7 Lage und Schwankungsbereich des Grundwasserspiegels und der Grundwassersohle
- 2.8 Darstellung der Grundwasserfließrichtung
- 2.9 Ermittlung des Grundwassergefälles
- 2.10 Beschreibung der Grundwasserbeschaffenheit
- 2.11 Beschreibung der Schutzfunktion der Deckschichten und der Auswirkungen durch das Abbau-/Füllvorhaben

3. Nutzung und sonstige Beschaffenheit der Abbaustätte vor dem Abbau und benachbarter Flächen (Bestandsaufnahme und Bewertung)

- 3.1 Arten und Lebensgemeinschaften
- 3.2 Gesetzlich geschützte Biotope (z.B. Knicks, Kleingewässer und deren Bewertung)
- 3.3 Boden
- 3.4 Wasser
- 3.5 Klima/Luft

- 3.6 Landschaftsbild
- 3.7 Kultur- und Sachgüter
- 3.8 Ermittlung von Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes (Eingriffsermittlung)
- 4. Nutzung der Abbaustätte nach dem Abbau
- 5. Herrichtung der Abbaustätte
- 6. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
 - 6.1 Ermittlung der Ausgleichbarkeit
 - 6.2 Ersatzmaßnahmen
 - 6.3 Art und Umfang der Maßnahmen
- 7. Gegenüberstellung von Beeinträchtigungen und Vorkehrungen zur Vermeidung, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- 8. Kosten der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Detail
- 9. Zeitplan für den Abbau/die Verfüllung und die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
- 10. Eigenes Kapitel Umweltverträglichkeitsprüfung/Vorprüfung
(Abbauvorhaben mit einer beanspruchten Abbaufäche von 25 ha oder mehr sind UVP-pflichtig, unabhängig davon, ob sie im Trocken- oder Nassabbau erfolgen. Bei Trockenabbauvorhaben ist eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls ab 1 ha Abbaufäche, beim Nassabbau in jedem Fall eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen, ob eine UVP-Pflicht besteht. Im Screening-Verfahren sind die Kriterien der Anlage 2 zum LUVPG Schleswig-Holstein zu überprüfen. Soweit UVP-Pflicht gegeben ist, ist der Umfang beizubringender Unterlagen zuvor mit der UNB abzustimmen.)
- 11. Eigenes Kapitel FFH-Verträglichkeits-Vorprüfung, soweit Natura 2000 Gebiete durch das Vorhaben betroffen sind (§ 34 BNatSchG). *(Der Umfang der Prüfunterlagen ist zuvor mit der UNB abzustimmen.)*
- 12. Anlagen

2. Kartenwerk- und Planwerke

- Übersichtspläne (TK 1:25.000 und DGK 5, M 1:5.000) mit Höhenlinien, Einzeichnung der Abbaustelle, der Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz und ggfs. Flächen für Ersatzmaßnahmen
- Liegenschaftskarte/Katasterplan mit Einzeichnung der Grenzen der Abbaufäche sowie mit Bezeichnung der Gemarkung, Flur und Flurstücke und Angabe der Grundstücksgrößen (M 1:1.000 oder 1:2.000) einschl. Eigentüternachweis
- Bestandsplan/Zustandskarte (M 1:1.000 bis 1:5.000) mit Darstellung der aktuellen Nutzung, auch der unmittelbar angrenzenden Nachbarflächen
- Abbauplan (M 1:500 bis 1:5.000) mit Einzeichnung der Abbauabschnitte und –tiefen, des Entwässerungssystems, der Lage der Längs- und Querschnitte, der Lage der baulichen Einrichtungen, der Standorte der Peilbrunnen und Sondierbohrungen
- Herrichtungsplan (M 1:500 bis 1:5.000) mit Darstellung der Folgenutzung bzw. der sonstigen Zweckbestimmung
- Längs- und Querschnitte (M 1:100 H/1:1.000 L) mit Darstellung
 - der Geländeoberkante vor dem Abbau
 - der Bodenschichten
 - der Abbausohle
 - der Neigung der Böschungen während und nach dem Abbau
 - des höchsten Grundwasserstandes
- Ausbauzeichnungen und Schichtenverzeichnisse der Peilbrunnen
- Schichtenverzeichnisse der Sondierbohrungen zur Rohstofferkundung

3. Sonstige Unterlagen

Einverständniserklärungen der/des Grundstückseigentümer(s)
 Grundstückskaufverträge
 Pachtverträge (z.B. auch über private Erschließungswege, Betriebsflächen, Stellplätze)
 Lärmprognose (nach Absprache)

Bemerkungen

Im Genehmigungsverfahren sind die von dem Vorhaben betroffenen Behörden und Stellen und ggfs. Naturschutzverbände zu beteiligen. Um eine Beteiligung im Sternverfahren zu ermöglichen, ist eine entsprechende Anzahl von Antragsausfertigungen notwendig, die im Einzelfall zur Vermeidung unnötiger Kopierkosten mit der UNB zuvor abzustimmen ist. In der Regel sind jedoch Unterlagen in mindestens 5-facher Ausfertigung notwendig. Diese(r/s) Antragsvordruck/Merkblatt enthält die standardmäßig beizubringenden Angaben/Unterlagen für einen Bodenabbau. Die UNB behält sich jedoch im Einzelfall vor, zur Beurteilung des Vorhabens ggfs. weitere notwendige Unterlagen nachzufordern. Mit dem Genehmigungsantrag gelten alle nach anderen Rechtsvorschriften für die Gewinnung von Bodenschätzen erforderlichen Zulassungen als gestellt (z.B. forstrechtliche Genehmigung für eine Waldumwandlung, denkmalrechtliche Genehmigung, wasserrechtliche Erlaubnis, Sondernutzungserlaubnis für die Errichtung und den Betrieb einer Zufahrt zur Abbaustätte etc.) die Naturschutzbehörde holt diese Zulassungen ein und händigt sie mit ihrer Bodenabbaugenehmigung aus. Gesetzlich geregelte Planfeststellungsverfahren bleiben unberührt.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

(Stand: Dezember 2010)

